

## Die Reichensteuer rückt näher

### 1. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. die wesentlichen Einnahmeposten des bundesdeutschen Staatshaushaltes kennen lernen.
2. die aktuellen politischen Diskussionen um die Erhöhung unterschiedlicher Steuern sachlich analysieren können.

### 2. Aufgaben

1. *Nennen Sie die wesentlichen Einnahmeformen auf bundesstaatlicher Ebene. Erläutern Sie in diesem Zusammenhang den besonderen Charakter von Steuern im Vergleich zu anderen Einnahmeposten.*
2. *Fassen Sie die Aussage der angehängten Karikatur zusammen. Wer wird dargestellt? Welches aktuelle wirtschaftspolitische Geschehen wird thematisiert? Welches ist die zentrale Aussage der Karikatur?*
3. *Beschreiben Sie mit Hilfe der ebenfalls angehängten Grafik a) wie sich die Verteilung des Nettoeinkommens in Deutschland darstellt und b) wie sich die Besteuerung der „Besserverdienenden“ im Verlaufe der rot-grünen Legislaturperiode verändert hat.*
4. *Erläutern Sie die derzeitigen Diskussionen um die Erhöhung unterschiedlicher Steuern in Deutschland. Welche Steuerarten sind in der Diskussion? Welche Modelle werden vorgeschlagen? Welche Diskussionen gibt es um diese?*
5. *Gegner einer „Reichensteuer“ machen stets darauf aufmerksam, dass die aus ihr zu erwartenden Mehreinnahmen nur sehr gering ausfallen würden? Verdeutlichen Sie, warum die SPD trotzdem an einer solchen Steuer festhalten will. Welche anderen als finanzpolitische Interessen spielen hier eine Rolle?*
6. *Welche Ziele sollen grundsätzlich mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer verfolgt werden? Warum ist diese jedoch mit vielen Unsicherheiten verbunden?*

## Die Reichensteuer rückt näher

*Müntefering bringt Erhöhung schon ab 130 000 Euro Jahreseinkommen ins Gespräch*

Eine Steuererhöhung für Spitzenverdiener wird immer wahrscheinlicher. SPD-Chef Franz Müntefering machte am Montag die Reichensteuer zur Bedingung für die Zustimmung zur geplanten Mehrwertsteuererhöhung. In einer Sitzung des SPD-Parteirates deutete er sogar an, die Einkommensgrenzen könnten deutlich unter den  
5 bisher genannten Werten von 250 000 Euro für Alleinstehende und 500 000 Euro für Ehepaare liegen. CDU-Generalsekretär Volker Kauder wandte sich zwar gegen "öffentliche Erpressungsversuche" des künftigen Koalitionspartners. Doch ließen mehrere Unionspolitiker durchblicken, dass sie eine Einigung für möglich halten.

10 In ihrem Wahlprogramm hatte die SPD die Einführung eines Zuschlags auf die Einkommensteuer angekündigt. Jenseits der Schwelle von 250 000/500 000 Euro würde der Spitzensteuersatz von 42 auf 45 Prozent springen. Weil der betroffene Personenkreis relativ klein ist, rechnet das Finanzministerium offiziell nur mit 1,2  
15 Mrd. Euro Mehreinnahmen, die überdies zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden müssten.

Die SPD hält die Reichensteuer jedoch aus politischen Gründen für unverzichtbar. Nur so könne der Basis eine mögliche Zustimmung zu einer im Wahlkampf vehement  
20 bekämpften Mehrwertsteuererhöhung verkauft werden, heißt es in der Parteispitze. "Das wird ein wichtiges Thema sein", sagte gestern der designierte Parteichef Matthias Platzeck. Am Sonntag hatte der designierte Finanzminister Peer Steinbrück noch betont, es gebe "kein Junktim" zwischen Mehrwert- und Reichensteuer. Gestern erklärte Müntefering in der "Bild"-Zeitung: "Wir werden in den  
25 Koalitionsverhandlungen anderen Steuererhöhungen nur zustimmen, wenn auch die hohen Einkommen stärker belastet werden."

Offenbar um den Druck auf die Union zu erhöhen, brachte Müntefering in der Parteiratssitzung sogar eine Verschärfung des bisherigen Modells ins Gespräch.  
30 "Wenn man zu mehr Geld kommen muss, kann man überlegen, ob man die Grenzen anders setzt", sagte Generalsekretär Klaus Uwe Benneter anschließend. Die bisherigen Einkommenswerte seien "sehr happig". Allerdings müssten die Auswirkungen auf die Personengesellschaften beachtet werden, die ebenfalls einkommensteuerpflichtig sind.

35 Nach Informationen des Handelsblatts war in der SPD schon früher diskutiert worden, den Spitzensteuersatz ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von knapp 50 000 Euro progressiv von 42 Prozent auf 45 Prozent bei 250 000 Euro wachsen zu lassen. Eine solche Lösung würde bis zu 3 Mrd. Euro bringen, wäre aber bei breiten Bevölkerungsteilen unpopulär und gilt daher als unwahrscheinlich. Ernsthaft  
40 diskutiert wird hingegen, den Spitzensteuersatz in einer Treppe bereits bei einem Jahreseinkommen von 130 000/260 000 (Ledige/Verheiratete) auf 45 Prozent anzuheben. Das würde nach Berechnungen des Finanzministeriums rund 1,7 Mrd. Euro bringen.

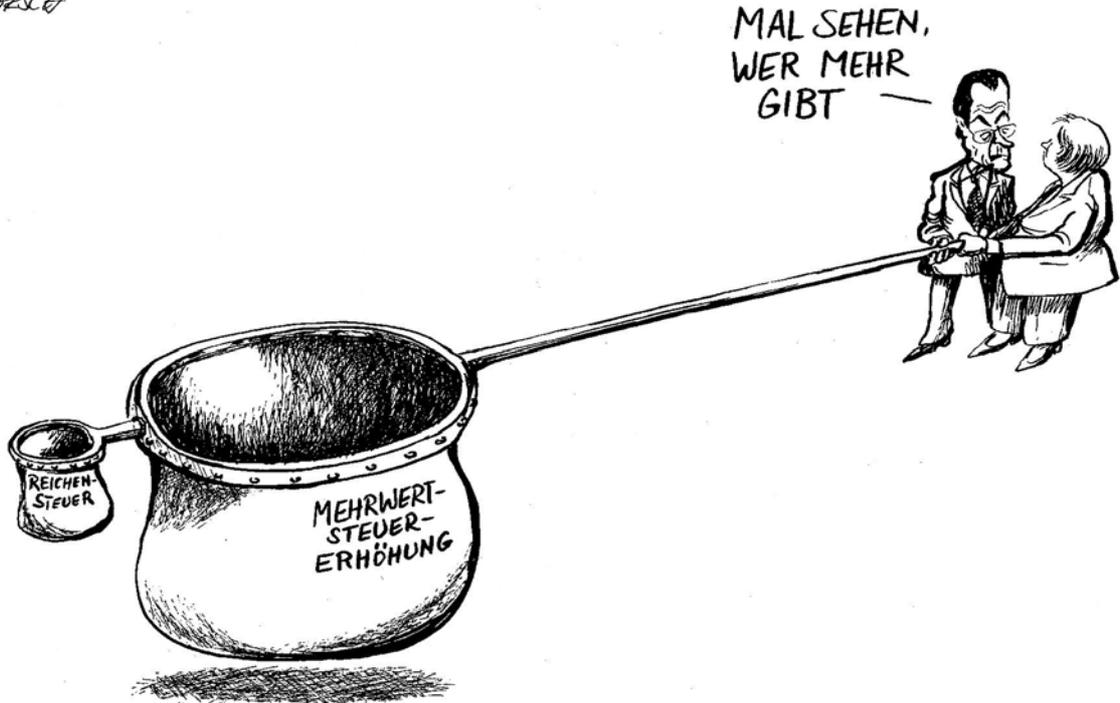
45 Bei der Union hütet man sich vor allzu harten Absagen: Die Reichensteuer sei "nicht  
unser Ziel", sagte NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. "Es darf nicht passieren,  
dass aus der Steuersenkungspartei CDU eine Steuererhöhungspartei wird." Zuvor  
hatten seine Amtskollegen aus Hessen und Niedersachsen, Roland Koch und Christian  
Wulff, ihre Offenheit gegenüber einer höheren Belastung betont. Fraktionsvize  
50 Michael Meister wählte folgende Formulierung: "Die Reichensteuer ist eine  
Forderung der SPD. Eine Forderung der Union ist die Flexibilisierung des  
Arbeitsmarktes." Man werde "sehen, wohin sich die SPD in den Verhandlungen  
bewegen kann".

55 Einstweilen liegt für die Union der Hauptakzent auf stärkeren Sparanstrengungen:  
"Wir brauchen weitere Ausgabenkürzungen im Bereich der Sach- und Personalkosten  
des Bundes", sagte Rüttgers dem Handelsblatt. Vorschläge wie die Erhöhung der  
Mehrwertsteuer auf 20 Prozent nannte Rüttgers "kontraproduktiv": "Das gäbe  
Schleifspuren in der Konjunktur, die alle Einspareffekte wieder kompensieren und am  
60 Ende Arbeitsplätze kosten."

Die Union hatte im Wahlkampf eine um zwei Punkte höhere Mehrwertsteuer  
gefordert, um die Lohnnebenkosten senken zu können. Rüttgers relativierte dieses  
Ziel: Mit einer Strukturreform der Arbeitsagentur und den Erlösen aus der  
65 Steuererhöhung die Lohnnebenkosten um zwei Punkte zu senken sei zwar "denkbar".  
Aber "das hängt davon ab, wie viel der Bund spart, damit man das Geld dafür frei hat.  
Wenn es beim jetzt diskutierten Einsparvolumen bleibt, wird das schwer."

70 *Quelle: Handelsblatt, Nr. 216, 08.11.05, 3*

HORSCH



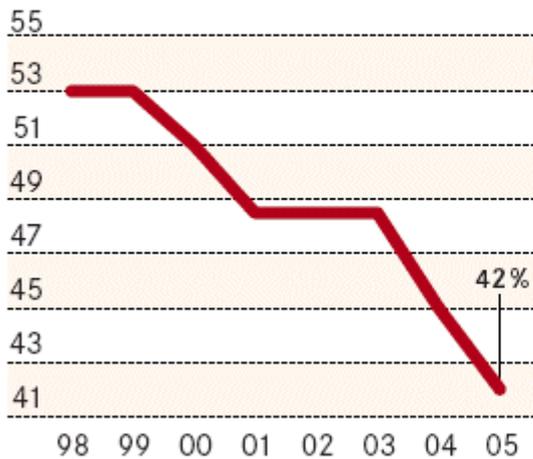
**KLINGELBEUTEL DER NATION**

Handelsblatt-Karikatur: Horsch

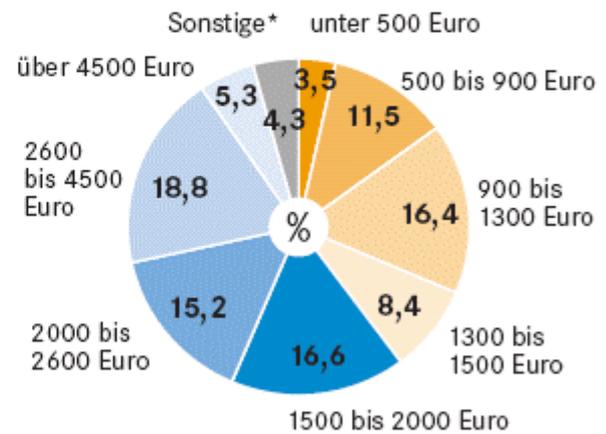
## Rot-Grün hat Großverdiener entlastet

©Handelsblatt 218/05  
08. November 2005

Entwicklung des Spitzensteuersatzes  
in Prozent



Monatliches Nettoeinkommen der  
Privathaushalte in Deutschland 2004  
nach Einkommensklassen, in Prozent



\*Haushalte, in denen mindestens eine Person selbstständiger Haupterwerbsslandwirt ist, sowie ohne Angaben; Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesfinanzministerium

HANDELSBLATT-GRAFIK